

Pressemitteilung

Potsdam, 20.09.2018

Soziale Mietpreisgestaltung im Fokus: Katarina Barley zu Gast in Potsdam

Bundesjustizministerin am Vorabend des Berliner Wohngipfels in der Gartenstadt Drewitz

Katarina Barley, Bundesministerin für Justiz und Verbraucherschutz, besuchte am heutigen Donnerstag die Gartenstadt Drewitz in Potsdam. Gastgeber war der Arbeitskreis StadtSpuren, dessen Mitgliedsunternehmen ihre Modernisierungsprojekte im Stadtteil vorstellten. Inhaltliche Schwerpunkte des Besuches waren die sozialverträgliche Gestaltung der Mieten nach der Sanierung von Wohngebäuden und die soziale Absicherung im Zusammenhang mit der energetischen Sanierung des Stadtteils.

Die Bundesjustizministerin Katarina Barley wurde heute von Vertretern des Arbeitskreises **StadtSpuren** in der Gartenstadt Drewitz empfangen. Bei einem Rundgang durch den Stadtteil präsentierte der Arbeitskreis der Ministerin das von der sozialen Wohnungswirtschaft erarbeitete Gartenstadtkonzept zum energetischen Umbau des Stadtteils sowie die bereits erreichten Ergebnisse. Dabei gingen die Geschäftsführer und Vorstände der ProPotsdam, der Wohnungsgenossenschaft „Karl Marx“ Potsdam, der Potsdamer Wohnungsgenossenschaft 1956 und der Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft auf ihre selbstständig und gemeinsam durchgeführten Modernisierungsprojekte ein. Im Fokus der Gespräche und Erläuterungen stand die sozialverträgliche Gestaltung der Mieten, die nach Abschluss der Maßnahmen im Durchschnitt bei 6 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche liegen. Die Bundesministerin erkundigte sich nach Details der Mietpreisgestaltung, der Kommunikation mit den Mietern und deren Betreuung vor sowie während der Baumaßnahmen. Die Vertreter der sozialen Wohnungswirtschaft, die etwa zwei Drittel der Wohnungen in Drewitz

bewirtschaften, bemerkten dabei, dass nach der Sanierung eines Gebäudes 85 bis 100 Prozent der Mieter in ihrer Wohnung bleiben oder wieder einziehen würden.

Die Vertreter des Arbeitskreises **StadtSpuren** stellten neben ihren eigenen Bau- und Modernisierungsmaßnahmen weitere Projekte vor, die die soziale Qualität in Drewitz zum positiven verändern. So stellten sie das neue Ärztehaus der ProPotsdam in der Konrad-Wolf-Allee und den von vier Eigentümern gemeinsam gestalteten Wohnhof in der Robert-Baberske-Straße vor. Gemeinsam mit der Bundesministerin besuchten sie die Stadtteilschule Drewitz, wo sie vom Leiter des Begegnungszentrums „oskar“, Tim Spotowitz, begrüßt wurden.

Die anschließende Diskussion der Erfahrungen der Potsdamer Wohnungsunternehmen stand ganz im Zeichen des am nächsten Tag stattfindenden Wohngipfels im Bundeskanzleramt, bei dem es um die Mietpreisentwicklung und die Wohnungsknappheit in deutschen Ballungszentren gehen soll. Die Bundesministerin und die Vertreter der Potsdamer sozialen Wohnungswirtschaft waren sich einig, dass die Wohnungsversorgung eine zentrale soziale Frage und eine aktuell drängende politische Herausforderung darstellt. Der Arbeitskreis vertritt dabei die Auffassung, dass die Genossenschaften und kommunalen Gesellschaften die wirksamste Mietenbremse seien. Sie verwiesen dabei auf den deutlichen Abstand ihrer Durchschnittsmieten zu den weitaus höheren durchschnittlichen Miethöhen der privaten Vermieter in der Stadt Potsdam. Eine Stärkung des sozialen Sektors der Wohnungswirtschaft sei nach ihrer Auffassung der sicherste Weg, um der derzeitigen Notsituation auf Dauer zu begegnen. Dazu bedarf es nach ihrer Auffassung geeignete Fördermittel, die sozial schwachen, aber auch normalverdienenden Haushalten zugutekommen müssen. Ebenso sei es notwendig, dass bebaubare Grundstücke der Kommunen, des Landes und des Bundes statt zu Höchstpreisen zu solchen Preisen veräußert werden, die einen sozialen Wohnungsbau ermöglichen.

An dem Rundgang durch die Gartenstadt und an der Diskussion zwischen Bundesministerin und Vertretern des Arbeitskreises nahmen auch der Sozialbeigeordnete der Landeshauptstadt Potsdam, Mike Schubert, und der Bereichsleiter Wohnen im Potsdamer Rathaus, Gregor Jekel teil. Dr. Wolfgang Schönfelder und Kerstin Willisch vertraten den Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen.

Seitens des Arbeitskreises **StadtSpuren** nahmen Matthias Pludra und Klaus-Dieter Boshold (PWG 1956), Bodo Jablonowski (WG Karl Marx), Christof Harms-Spentza (pbg), Bert Nicke (ProPotsdam) und Carsten Hagenau (Koordinator des Arbeitskreises) teil.

Im Arbeitskreis Stadtspuren kooperieren Potsdamer Wohnungsunternehmen seit 1997 auf verschiedenen Themenfeldern. Mit rund 34.000 Wohnungen verfügen sie über rund 40 Prozent aller Mietwohnungen in Potsdam. In Stadtspuren wirken die kommunale GEWOBA WVP mbH, die GWG Bauverein Babelsberg eG, die Gewoba eG Babelsberg, die Potsdamer Wohnungsbaugenossenschaft eG, die Potsdamer Wohnungsgenossenschaft 1956 eG, das Studentenwerk Potsdam, die Wohnungsbaugenossenschaft 1903 Potsdam eG, die Wohnungsbaugenossenschaft „Daheim“ eG und die Wohnungsgenossenschaft „Karl Marx“ Potsdam eG mit.

Kontakt:

Arbeitskreis **StadtSpuren**

c/o PROJEKTKOMMUNIKATION Hagenau GmbH

Hegelallee 3

14467 Potsdam

Tel.: 0331/201 96-0

Fax: 0331/201 96 19

info@projektkommunikation.com

www.stadtspuren.com